

Die Zeitungs

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Postanstalt, Hauptvertriebssstelle, ist 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennige Zustellgebühr. Jedes Jahr 16.00 Goldmark. Die Anzeigen-Annahme: Jeden Morgen vormittags.

Die Anzeigen werden nach halbschriftlicher Berechnung, die Zeile 0.25 Goldmark. Verlangene: Eine Dreimonatsfrist und ein Vorbehalten. Hauptvertriebssstelle: Halle a. S., Postfach-Nummer 1231. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle a. S.“, Postfach-Nummer 1231. Verlagsort: Halle a. S.

Der verküsterte Riß.

Gepräch des sozialdemokratischen Parteitag.
Der sozialdemokratische Parteitag hat einen Ausgang genommen, mit dem die Führer zu schreiben sich können, er hat der offiziellen Parteipolitik einen sehr starken Erfolg gebracht. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Politik richtig war, den Parteitag bis nach den Wahlen zu verschieben. Inzwischen ist mancherlei von der Erregung verlaufen, die Reaktion hat es auch mit Hilfe des Reichspräsidenten verstanden, um die Frage herauszufinden, ob sie überhaupt eine Regierung bilden wollte. Der innere Konflikt war damit aus der halben Oppositionsstellung heraus, wie sie die sozialdemokratische Partei gegenwärtig einnimmt, nicht auszuweichen und schließlich viel hat zu den freibeweglichen Zuständen in der Partei auch die allgemeine wirtschaftliche Lage beigetragen, die das beste Werbematerial für die Kommunisten lieferte und die Anhänger mit magnetischer Kraft aus der Partei herauszog. Seit wir aber wieder vernünftigen Geld haben, seit man wieder rechnen kann und die Angst vor dem allgemeinen Hungertode beschwunden ist, kehrt auch wenigstens ein Bißchen von der alten Disziplin und der politischen Überzeugung bei den ruhigeren Anhängern der Partei wieder, die dann auch auf der richtigen Seite des Feldes behauptet. Mit mehr als Zweidrittelmehrheit wurde die Entschließung des Reichspräsidenten angenommen, die alle Möglichkeiten einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien wenigstens im Prinzip offen hält, während die Entschließung der Opposition, die den Klassenkampf als alleiniges Kriegsmittel hinstellt, unter den Tisch fällt.

Es kam hinzu, daß die Opposition alles andere eher als glückselig geführt ist. Ihre geheime Röhre Grimm und Dittmann, die ja auch in ihrer Parteipolitik durch manche Parteiführung geblieben sind, hielten es nach dem Verlauf der Aussprache sogar für geboten, möglichst weit von ihr abzurufen; was übrig blieb, der unverdächtige Ströbel und Dittmann, hat nicht einmal das Forum, um es mit denen um Hermann Müller und Weis aufzunehmen zu können, geschweige denn mit dem ehemaligen Reichspräsidenten Loeb, der auch bei dieser Gelegenheit wieder unter Weis stellte, daß er der Fühler der ganzen Partei ist und sich ganz unmerklich immer mehr in den Vordergrund schiebt. In weiten Teilen der Meinung der Partei in der Sache ist in ihrer Parteipolitik nicht zu sehen, die gelegentlich nach links ausschlagen. Es verdient doch beachtet zu werden, daß eine Entschließung überhaupt eingebracht werden konnte, die eben Feinrig für die Reichswehr, der die Republik ihre Erhaltung verdankt, und daß zu der Ministerzeit, die für diesen Antrag stimmten, auch der ehemalige Reichspräsident gehörte. Redner man kann, daß der so reich verunglückte Finanzminister Hilferding einen etwas melancholischen-ideologischen Vortrag über die Finanz- und Wirtschaftspolitik hielt, daß endlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit die freibeweglichen Parteien der sozialdemokratischen Partei gerührt in die Arme sanken und ihre gegenseitige Abhängigkeit unter der Tapete einer langen Friedensresolution verbergen, dann ist das tatsächliche Fazit dieser Tagung gezogen.

Allzuviel ist aber für die weitere Entwicklung damit nicht erreicht. Gewiß, der Rahmen ist nicht gesprengt, die Minderheit aber ist nicht überzeugt und wird ihren Kampf auch nicht aufgeben. Eine Partei aber, die in einer so grundlegenden Frage, wie der Einstellung zum Staat, derartig tiefgehende Gegensätzlichkeiten in der Anschauung aufweist, kann eigentlich gar nicht gesund sein. In Größe vor drei Jahren war sie weiter als heute, damals war sie im Begriff, die Freikämpfer der Bergangswelt von sich abzuwerfen und sich zu einer neuen Sozialdemokratie durchzumauern, die als radikale Arbeiterpartei nicht die Opposition als Selbstzweck trieb, sondern in staatserhaltendem Sinne mitarbeitete wollte. Heute steht ein knappes Drittel, alle diejenigen, die von den Unabhängigen bestanden, noch auf dem Standpunkt des unveränderten Klassenkampfes, dem alles andere geopfert werden muß. Und, was noch schlimmer ist, diese Opposition ist in den großen Städten am stärksten verankert. Sie hat nur zwei Möglichkeiten: entweder, sie schiebt eigenen Gedanken weiter, dann ist die Explosion

Die Schulfrage wird aufgerollt.

Eine Rede Dr. Stresemanns.

Regierungserklärung zur Schulfrage.
Der Reichstag, 15. Juni. In einer anlässlich der Tagung der Eisenbahner-Arbeitsgemeinschaften durchgeführten öffentlichen Besprechung über die politische Lage erörterte Dr. Stresemann über die Schulfrage. Er behandelte zunächst die Veröffentlichung der deutschen Arbeitsgemeinschaften, die der Minister hinsichtlich der Schulfrage und der um die Jahreswende mehr oder weniger offen gemachten Bündnisangebote fremder Regierungen kurz skizzierte. Er wies auf die damals von Deutschland verlangte Durchführung der Politik hin, die sich heute bis hin, wobei allerdings hinsichtlich des von Chamberlain angetragenen Beitritts Großbritannien zum Dreibund bemerkt werden konnte, ob diese Politik der freien Hand berechtigt war. Sie ist aber jedenfalls bemerkt auf die Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen, wie überhaupt Deutschland im Besitz der stärksten Armee der Welt, seinen Einfluß nur von dem Gesichtspunkt aus in die Wege geleitet hat, Europa und der Welt den Frieden zu erhalten.

Wenn zum Jahresende die deutsche Regierung ablehnen sollte, so würde es an der Zeit sein, die Politik zu ändern. Die Definition ihrer Aufgabe anzufordern, um so die Grundlage für eine unparteiische Erörterung der Schulfrage zu schaffen.

Gegenüber der heutigen Situation tritt der Minister den Standpunkt: Wir ziehen die Konsequenz aus dem verlorenen Krieg und haben deshalb die Kriegsschuldfrage. Wir können es aber ab, als die moralisch Verantwortlichen irgendwelche Wiedergutmachung zu leisten. Im weiteren Verlaufe seiner Rede entwarf Dr. Stresemann den Eindruck, die gegenwärtige Regierung habe keine verfassungsmäßige Grundlage, wobei er insbesondere darauf hinwies, daß der Währungsantrag der Deutschnation von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt wurde. Er wandte sich ferner gegen die im Auslande vielfach vertretenen Anschauungen über die wirtschaftliche Situation Deutschlands und betonte, daß durch den Entwertungsprozeß dem deutschen

Volksvermögen Summen verloren gegangen seien, die eine der wichtigsten Säulen der früheren Steuerpolitik waren. Den Verwüstungen in Frankreich ließen Verwüstungen gegenüber, die im deutschen Volk durch die Kriegerentwertung der weissen Soldaten der Sparte und Anleihen hervorgerufen wurde. Er überließ dann die von einer gewissen wirtschaftlichen Seite geäußerte Kritik, daß die deutsche Privatwirtschaft und die deutschen Eisenbahnen durch das Sachvertragsverhältnis der Entente ausgeliefert würden. Es sei selbstverständlich Aufgabe der Regierung, bei den im Gange befindlichen Verhandlungen das Beste herauszuholen, vor allem auch hinsichtlich der Bequemlichkeit der Eisenbahntariffrage. Die von den Staatsverträgen bis zu hoch gehalten seien, könne man sich freilich nur angesichts der Bestimmungen über die Transferrierung deutscher Guthaben abfinden.

Die Lösung der Schulfrage und der Frage der Ausgabenelemente seien ergebnislos mit dem Sachverständigenrat verhandelt, das das Ende aller Methoden bedeute, die während des Ruhrkampfes angewandt worden sind. Das gelte auch für die militärische Wahrung des Ruhrgebietes, die zu einem bestimmten Termin in Aussicht genommen werden könne.

Der neuen französischen Regierung, so führte Stresemann weiter aus, stehen wir ohne Vereinigung gegenüber. Unsere Aufgabe ist es, einen Weg zu finden, der das Nebeneinanderleben von Frankreich und Deutschland fördert und nicht einseitig und finanziell vor die gleichen Probleme stellt. Eine andere Methode der Außenpolitik als diejenige des Bestehens einer Verbindung auf der Grundlage wirtschaftlichen Zusammenlebens der Nationen sehe ich nicht. Gegenüber der internationalen Politik Frankreichs, der wir eine gleiche Macht nicht gegenüberstellen können, müßte die Methode der wirtschaftlichen Lösung angenommen werden. In diesem Zusammenhang forderte der Minister am Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen zur Überwindung des Parteigeistes und zur Bereinigung der Außenpolitik von parteipolitischen Einflüssen auf. Es gelte das Reich zu erhalten, die höchsten Bedürfnisse von allen vertragenen Völkern zu betreten und so die Grundlage für einen günstigen Wiederaufstieg zu sichern.

Gewerkschaften nicht gelungen, einen besondern Vorschlag für die neunste Stunde zu erreichen. Ueber die Dienstbauer-Vorschläge soll in dieser Woche noch verhandelt werden. Am Montag finden im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen Verhandlungen über die weitere Durchführung des erzielten Ergebnisses statt. Selbstverständlich werden die kommunistischen Elemente verurteilt, trotz dieses Ergebnisses die Eisenbahner zum Streik aufzufordern. Die Gewerkschaften werden jedoch, wie uns aus gewerkschaftlichen Kreisen ausdrücklich berichtet wird, alles tun, um diese Absichten zu vereiteln.

Das Micum-Abkommen um 14 Tage verlängert.

Zwischen der Scherffkommission und der Micum wurde folgende Übereinkunft geschlossen: Die am 15. Juni 1924 abzulaufenden Verträge zwischen den deutschen Industriellen und der Micum sind ohne Verlängerung bis zum 30. Juni (einschließlich) verlängert worden. Weiterhin kamen beide Parteien überein, daß die möglicherweise am 1. Juli ab zu treffenden neuen Bestimmungen, insbesondere soweit die Kohlenpreise, die Lizenzen und die Derogations-Lagen, sowie andere in der zu entrichtenden Abgaben betreffen, rückwirkend ab 16. Juni in Kraft treten.

Verlängerung der Tage im Bonhoner Untergrundbesitz. Auf das Ultimatum, das die Bonhoner Untergrundbesitzer-Gesellschaften an ihr freitretendes Personal ergaben, daß falls nicht alle Arbeiter bis heute Freitag zu ihrem Dienst zurückkehren, sie als entlassen gelten, hat ein großer Teil der Arbeiter seinen Dienst wieder aufgenommen.

Die freitretenden ostfälischen Eisenbahner mit Entlassung bedroht. Der Präsident des Senats für elektrische Eisenbahnen, Hoffstedt, hat an die freitretenden Untergrundbesitzer einen Schreiben gerichtet, in dem er droht, daß alle Freitretenden, welche bis zum Freitag nicht die Arbeit aufgenommen haben, sofort entlassen werden.

Das Kabinett Herriot.

Paris, 16. Juni. Am Sonnabend gab Herriot die Zusammenkunft seines Ministeriums bekannt. Das Ministerium Herriot setzt sich danach folgendermaßen zusammen: Präsidium und Auswärtiges Herriot, Justiz René Renaut, Inneres Camille Chautemps, Krieg General Hoste, Kolonien Daladier, Finanzen Clement, Öffentliche Arbeiten Poincaré, Arbeit und Hygiene Jostin Gobard, Meeresbau Couteils, Unterricht Francois Albert, Handel Mandann, besetzte Gebiete Delais, Marine Dumessil. Dem Kabinett gehören ferner die vier Unterstaatssekretäre Meyer für Handel und Finanzen, Laurent Ennac für Landwirtschaft, Moro-Giafferi für technisches Unterricht und Boite für Pensionen an.

Die Regierungserklärung, die Herriot am Dienstag vor der Kammer und dem Senat vor Kenntnis bringen wird, wird die wichtigsten innen- und außenpolitischen Probleme vom Standpunkt der Vorkämpfer aus behandeln. In erster Linie wird sich Herriot gegen die Durchführung der Defekte, die Poincaré von der Kammer verlangt hatte, aussprechen. Ferner wird er für die Durchführung der allgemeinen Wahlen in Frankreich in weitestem Maße eintreten und den Druck mit dem Parlament erklären. Was die innere Politik betrifft, so wird Herriot eine Herabsetzung der Militärausgaben verlangen und für die Liquidation einer nationalen Armee eintreten. Den Staatsbeamten wird er das Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung gestehen. Auf dem Gebiete der Steuerpolitik wird der neue Ministerpräsident sich im allgemeinen gegen neue indirekte Steuern erklären und eine Kapitalsteuer vorschlagen. Auf dem Gebiete der äußeren Politik werden sich die Erklärungen Herriots in der Hauptsache auf folgende Punkte erstrecken: Eintritt aller Nationen in den Völkerbund, die Herziß hat die Seignagen des Völkerbundes zu befolgen, innerer

Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung, bis Deutschland mit der praktischen Durchführung der Sachverständigenratigen begonnen hat, die Durchführung der Währungskontrolle unter wirtschaftlicher Übertragung der Währungsentscheidungen und der Frage der Sicherheiten auf den Völkerbund.

Herriot stellt Gespenster!

Herriot hat den Journalisten folgende Erklärung abgegeben: „Es ist ganz bestimmt, daß jetzt in Deutschland unannehmliche Dinge vor sich gehen. Die Lage in Deutschland ist weniger gut als diejenige von 1896 zu vergleichen. Deutschland scheint im geheimen einen Krieg vorzubereiten, und Deutschlands Haltung kann uns nicht gleichgültig lassen. Die französische Regierung möchte gegen den deutschen Demokrat gegenüber in liberaler Weise vorgehen, aber die französische Regierung wird diese Politik nur unter der Bedingung annehmen, daß die deutsche Demokratie ihrerseits über übertriebenen Nationalismus an den Tag legt.“

Diese Erklärung Herriots zum deutschen Geist macht uns deutlich genug vor übertriebenen Hoffnungen auf die Bereitwilligkeit der neuen französischen Regierung, deutschen Wünschen und Staatsnotwendigkeiten gerecht zu werden.

In belgischen Regierungskreisen wünscht man eine Personalunion des Außenministers Deunne mit Herriot vor dessen Entlassung. In Paris scheint man diesem Wunsch entgegen. Am Sonnabend und Sonntag wird Herriot mit Macdonald zusammentreffen. Macdonald hat bereits erklärt, er vertraue darauf, daß das Ergebnis die politische Freundschaft zwischen England sein werde.

Ergebnisse des Personalabbaus.

Im Reichsfinanzministerium ist über den Personalabbaueinverständnis erzielt worden, die demnach dem Reichstag ausgestellt wird. Die Demission, der als Stütze der 1. April 1924 wurde geleistet ist, deren Anabau durch beabsichtigte Überstunden zu tätigen werden, heißt sich, daß von dem am 1. Oktober 1923 im Reichsbank einstelligen Reichsbank und Reichswehr beschäftigt sind:

- 825 965 Beamten
 - 80 747 Angestellten
 - 705 512 Arbeiter
 - = 1 602 224 Köpfe
- Am 31. März 1924:
184 807 Beamte
80 217 Angestellte
653 194 Arbeiter
= 1 318 218 Köpfe.

mithin 283 000 abgebaut und außerdem 1114 Mitarbeiter ab dem 1. April 1924 beschäftigte Arbeiter- und Gemeindebeamte entlassen worden sind.



